

Erscheint vorläufig  
wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag  
und Samstag.

Alle Postämter nehmen  
Bestellungen darauf an.

# Volksblatt

für

## Stadt und Land.


Vierteljährlicher Preis:  
in der Expedition zu Pa-  
derborn 10 *Sgr.*; für Aus-  
wärtige portofrei  
12 *1/2 Sgr.*

Insertionsgebühren:  
für die Zeile 1 Silberg.

N<sup>o</sup> 80.

Paderborn, 5. Juli

1849.

 Bestellungen auf das „**Volksblatt für Stadt und Land**“ wolle man für das dritte Quartal (Juli, August, September) gefälligst bald aufgeben. Auswärts nehmen die Königl. Postanstalten, für **Brilon** die **Junfermann'sche** Buchhandlung, welche auch **Anzeigen** für das Volksblatt annimmt, dieselben entgegen.

### Uebersicht.

Verordnung über das Versammlungs- und Vereinsrecht.  
Deutschland. Berlin (Prozeß zwischen den Eisenbahn-Directionen und Actionairen); Frankfurt (der Reichsverweiser); Köln (Truppenbewegungen); Wesel (die Soester Landwehr); Gotha (die Versammlung der Abgeordneten.)  
Die Feindseligkeiten in Baden.  
Der Ungarische Krieg.  
Vermischtes.

### \*\* Paderborn, 4. Juli.

Endlich nach langem Entgegensehen bringt der „Staatsanzeiger“ vom 2. Juli die Verordnungen über das Versammlungs- und Vereinsrecht, so wie über die Presse. Dieselben sind von einem Actenstück des Staatsministeriums begleitet; es sind darin die Gründe enthalten, warum diese wichtigen Gesetze vor Zusammentritt der Kammern publicirt werden. — Wir lassen hier die Verordnung über das Versammlungs- und Vereinigungsrecht folgen; das zweite Gesetz werden wir in der nächsten No. mittheilen.

### Verordnung

über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches

### des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. verordnen nach dem Antrage Unseres Staatsministeriums auf Grund des Artikels 105 der Verfassungs-Urkunde, was folgt:

Versammlungen jeder Art, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen.

§. 1. Von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, hat der Unternehmer mindestens 24 Stunden vor dem Beginne der Versammlung, unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben, Anzeige bei der Ortspolizei-Behörde zu machen. Diese Behörde hat darüber sofort eine Bescheinigung zu ertheilen.

Vereine zur Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten.

§. 2. Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins binnen drei Tagen, nachdem sie zu Stande gekommen sind, der Ortspolizei-Behörde zur Kenntnissnahme einzureichen, derselben, auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen. Die Ortspolizei-Behörde hat über die erfolgte Einreichung der Statuten oder der Abänderung derselben sofort eine Bescheinigung zu ertheilen. Die Bestimmungen dieses und des vorhergehenden Paragraphen beziehen sich nicht auf kirchliche und religiöse Vereine und deren Versammlungen.

§. 3. Wenn für die Versammlungen eines Vereins, welcher eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, Zeit und Ort statutenmäßig oder durch einen besondern Beschluß im Voraus feststeht, und dieses wenigstens 24 Stunden vor der ersten Versammlung zur Kenntniss der Ortspolizei-Behörde gebracht worden ist, so bedarf es einer besonderen Anzeige, wie sie der §. 1. erfordert, für die einzelnen Versammlungen nicht.

§. 4. Die Ortspolizei-Behörde ist befugt, in jede Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, einen oder zwei Polizeibeamte, oder eine oder zwei andere Personen als Abgeordnete zu senden. Die Abgeordneten dürfen, wenn sie Polizei-Beamte sind, nur in ihrer Dienstkleidung oder unter ausdrücklicher Kundgebung ihrer dienstlichen Eigenschaft erscheinen. Sind sie nicht Polizei-Beamte, so müssen sie durch besondere Abzeichen erkennbar sein. Den Abgeordneten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden.

§. 5. Versammlungen, in denen Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizen zu strafbaren Handlungen enthalten, sind die Abgeordneten der Polizei-Behörde sofort aufzulösen befugt, unbeschadet des gegen die Betheiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens.

§. 6. Sobald ein Abgeordneter der Polizei-Behörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Diese Erklärung kann nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.

§. 7. Niemand darf in einer Versammlung bewaffnet erscheinen, mit Ausnahme der im Dienste befindlichen Polizeibeamten.

Versammlungen unter freiem Himmel.

§. 8. Die Bestimmungen der §§. 1. 4. 5. 6. 7 finden auf alle öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel Anwendung.

§. 9. Die Ortspolizei-Behörde ist befugt, jede Versammlung unter freiem Himmel bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu verbieten. Das Verbot muß schriftlich abgefaßt sein.

§. 10. Versammlungen, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Städten und Ortschaften stattfinden sollen, bedürfen der vorgängigen Genehmigung der Ortspolizei-Behörde. Die Genehmigung ist von dem Unternehmer, Vorsteher, Ordner oder Leiter der Versammlung nachzusuchen.

§. 11. Den in dem vorhergehenden Paragraphen erwähnten Versammlungen werden öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften gleichgestellt. Bei Einholung der Genehmigung ist der beabsichtigte Weg anzugeben. Gewöhnliche Leichenbegängnisse, sowie Züge der Hochzeitsversammlungen, wo diese hergebracht sind, kirchliche Processionen, Wallfahrten und Bittgänge, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden, bedürfen einer vorgängigen Genehmigung und selbst einer Anzeige nicht.

§. 12. Innerhalb zweier Meilen von dem Orte der jedesmaligen Residenz des Königs oder von dem Orte des Sitzes beider Kammern dürfen Volksversammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden. Das letztere Verbot besteht nur für die Dauer der Sitzungsperiode der Kammern.

Strafbestimmungen.

§. 13. Wenn eine Versammlung ohne die in dem §. 1 vorgeschriebene Anzeige stattgefunden hat, so trifft den Unternehmer, denjenigen, der den Platz dazu eingeräumt hat, und Jeden, welcher in der Versammlung als Vorsteher, Ordner, Leiter oder Redner aufgetreten ist, eine Geldbuße von Fünf bis Fünfzig Thalern.

§. 14. Wenn, der Vorschrift des §. 2 entgegen, die Einreichung der Statuten eines Vereins, oder deren Abänderungen, in der bestimmten Frist nicht geschehen, oder eine von der Orts-Polizei-Behörde erforderliche Auskunft nicht ertheilt worden ist, so wird je-